

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Jugend und Soziales</b>	Datum <b>22.12.2008</b>
	Schriftführung                      Telefon-Nr. <b>Hans-Jörg Fedder                      02202/14-2865</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Sozialausschuss</b>	<b>Sitzung am</b> <b>Mittwoch, 19. November 2008</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr - 18:50 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnungspunkte</b>	
<b>Inhalt</b>	

**A      Öffentlicher Teil**

- 1.      Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.      Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3.      Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 15.10.2008 - öffentlicher Teil**  
*671/2008*
- 4.      Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5.      Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6.      Vorstellung des Mehrgenerationenhauses**  
*663/2008*

7. **Vorberatung der Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 005 - Soziale Leistungen für das Haushaltsjahr 2009**  
*635/2008*
8. **Jahresbericht über die Entwicklung und Aktivitäten der GL Service gGmbH (Berichtszeitraum 20.09.2007 - 30.09.2008)**  
*618/2008*
9. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**  
**- Jahresbericht 2007**  
**- Wohnungsbauprogramm 2008**  
*643/2008*
10. **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil**

---

**B Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## **A Öffentlicher Teil**

### **1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die 16. Sitzung in der siebten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass der Sozialausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Entschuldigt sind von der CDU-Fraktion Frau Münzer, die von Herrn Dr. Kassner vertreten wird, und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Schreiber, die von Herrn Schmidt vertreten wird.

Außerdem begrüßt Frau Schöttler-Fuchs Frau Beier und Herrn Reball-Vitt vom Diakonischen Werk Köln und Region, die zu TOP

**A 6: Vorstellung des Mehrgenerationenhauses**  
vortragen werden.

### **2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

Frau Schöttler-Fuchs weist darauf hin, dass die Niederschrift aufgrund der Schwierigkeiten mit PV-Rat nicht fristgerecht erstellt werden konnte und nachgereicht wird. Insofern entfalle die Genehmigung.

### **3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 15.10.2008 - öffentlicher Teil**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **4 Mitteilungen der Vorsitzenden**

Frau Schöttler-Fuchs gibt Folgendes bekannt:

1. Als Tischvorlage wurde ein Flyer des Seniorenbeirates verteilt. Das Seniorenbüro lädt zu einem Vortrag am 24.11.2008 zum Thema „Tiere öffnen Türen zu Menschen mit Demenz“ ein. Der Vortrag wird in der Begegnungsstätte „Mittendrin“ gehalten und beginnt um 15.00 Uhr. *(Der Flyer ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)*
2. Am 04.12.2008 findet eine Sondersitzung des Sozialausschusses gemeinsam mit dem Integrationsbeirat statt. Diese Sitzung wird vom Institut für soziale Innovation moderiert, das die Entwicklung des Integrationskonzeptes begleitet. Herr Hastrich ergänzt, dass diese Sitzung im Migrationszentrum der Caritas am Lerbacher Weg stattfindet. Zur Sitzung wird noch fristgerecht eingeladen.

3. Für 2009 sind folgende Sitzungstermine geplant:

Dienstag, 17.02.2009

Donnerstag, 26.03.2009

Mittwoch, 03.06.2009

Mittwoch, 09.09.2009

Herr Mumdey verweist darauf, dass diese Sitzungstermine noch nicht endgültig seien. Die endgültige Liste werde in der nächsten oder übernächsten Woche verteilt.

*(Zunächst wurde die Sitzung vom 17.02. auf den 11.02. verlegt, aber zwischenzeitlich abgesagt, und die für den 03.06.2009 geplante Sitzung wurde auf Mittwoch, den 24.06.2009, verlegt.)*

## **5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

## **6 Vorstellung des Mehrgenerationenhauses**

Herr Reball-Vitt erläutert zunächst die Rahmenbedingungen des Mehrgenerationenhauses. *(Die Ausführungen Herrn Reball-Vitts sind stichwortartig der Präsentation beigelegt.)*

Frau Beier trägt anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. *(Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für den Vortrag.

Auf Anfrage Herrn Schnörings (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) berichtet Frau Beier, Aufgabe der Paten sei die Außenrepräsentation des Mehrgenerationenhauses. Wünschenswert sei, wenn es sich um bekannte Persönlichkeit handelt.

Frau Vollmer (FDP-Fraktion) fragt nach den Vorstellungen zum Sozialkaufhaus. Frau Beier erklärt, es gebe noch keine detaillierten Vorstellungen zu dessen Angebotspalette. Grundgedanke sei, dass Menschen mit geringem Einkommen dort einkaufen können. Es sei zunächst im kleinen Stil geplant.

Herr Dr. Bernhauser (CDU-Fraktion) hält es angesichts des demographischen Wandels für richtig und wichtig, die Generationen miteinander in Kontakt zu bringen und die Verantwortung füreinander zu stärken. Insofern handelt es sich um ein gutes Projekt. Die evangelische Kirchengemeinde habe mit dem Zuschlag für dieses Projekt eine Anerkennung ihrer jahrelangen Arbeit erhalten. Die Förderung des Bundes betrage 40.000 €.

Seine Anfragen beantworten Frau Beier und Herr Reball-Vitt dahingehend, in verschiedenen Mehrgenerationenhäusern gebe es die angesprochenen „Leihomas“. Sie stünden dem offen gegenüber, halten aber auch eine stetige Begleitung für wichtig. Die Vermittlung von Ehrenamtlern bedürfe einer gründlichen Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung.

Zu den intergenerativen Angeboten gehört auch die Idee, bei Bewerbungstrainings zu helfen.

Mit dem Betrag von 40.000 € werden Personal- und Sachkosten gefördert, also z. B. auch für Mieten und Kosten für die Angebote. Frau Beier habe eine halbe Stelle für das Mehrgenerationenhaus.

Herr Galley (SPD-Fraktion) sieht im Mehrgenerationenhaus vor allem eine Sammelmöglichkeit für verschiedene Aktivitäten, die die unterschiedlichen Generationen ansprechen. Er habe die Ausführungen aber so verstanden, dass der Ansatz, die Nutzergruppen zu verbinden und daraus einen Mehrwert zu generieren, noch nicht richtig ausgeprägt sei. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein Projekt in Refrath, bei dem Bewohner eines Seniorenheimes in die Arbeit einer Offenen Ganztagschule eingebunden werden.

Seine Fragen beantwortet Herr Reball-Vitt dahingehend, dass das Mehrgenerationenhaus mit den bisherigen Angeboten zum 01.04.2008 den Betrieb aufnahm. Im ersten Schritt sei es darum gegangen, bekannt zu werden. Im Rahmen des Monitoring werde überwacht, die ursprünglichen Zielvereinbarungen nicht aus den Augen zu verlieren. Über den Grad der Zielerreichung gebe es auch konkrete Rückmeldungen.

Vom Diakonischen Werk sei geplant, in einem nächsten Schritt die Bedürfnisse der Nutzer abzufragen. Es bestehe die Absicht, im Rahmen einer Zukunftswerkstatt dies weiter präzisieren zu können.

Frau Schu bedankt sich für den Vortrag und kritisiert das Motto „Von der Wiege bis zur Bahre alles aus einer Hand“. Sie befürchtet, dass den Betroffenen alle Entscheidungen abgenommen werden. Sie verstehe unter einem Mehrgenerationenhaus Hilfsmöglichkeiten über das normale Maß hinaus. Sie spricht sich für eine übergreifende Hilfe aus.

Frau Schu möchte wissen, aus welcher Altersgruppe Kinder den Mittagstisch in Anspruch nehmen. Sie möchte kein Konkurrenzunternehmen zu den Schulen und andere Einrichtungen, die ebenfalls ein Mittagessen anbieten.

Ähnliche Angebote wie das Mehrgenerationenhaus biete z. B. auch das Progymnasium. Frau Schu möchte wissen, ob sich auch das Progymnasium als Mehrgenerationenhaus anmelden könne.

Herr Reball-Vitt erklärt, er habe sich nicht mehr mit dem Förderprogramm befasst und könne daher nicht sagen, ob dieses Programm schon geschlossen sei. Bei den Mehrgenerationenhäusern gebe es aber auch andere Förderprototypen als den, nach dem das Diakonische Werk arbeite.

Der Mittagstisch werde derzeit nur Senioren, aber keinen Kindern angeboten.

Herr Reball-Vitt verweist auf die Absicht, sich weiteren Themen wie z. B. der Betreuung von Demenzkranken zuzuwenden. Damit verbunden sei die Vermittlung von Dienstleistungen. Die Weiterentwicklung sei abhängig von den zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Zum Motto „Von der Wiege bis Zur Bahre“ verweist er darauf, dass das Corporate Design zum Mehrgenerationenhaus verbindlich vorgeschrieben sei. Darüber hinaus bestehe Gestaltungsfreiheit. Insofern könne das Motto verändert werden.

Herr Hastrich ergänzt, dass die Förderung der evangelischen Kirchengemeinde Teil eines Modellprogramms des Bundes sei, in dessen Rahmen das Bundesfamilienministerium im Rahmen seiner Zuständigkeit nur modellhaft Förderungen vornehmen darf. Die Förderungen wurden auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Im Rheinisch-Bergischen Kreis wurden von etwa 15 Anträgen zwei berücksichtigt. Die Auswahl erfolgte durch eine Kommission des Ministeriums nach Anhörung des Kreises. Der Stadt sei das Ergebnis mitgeteilt worden; sie hätte der Entscheidung widersprechen dürfen, wenn sie der Meinung sei, die Förderung solle unterbunden werden.

Dies bedeute nicht, dass nicht andere Einrichtungen ähnliches in anderen Zusammen-

hängen leisten. Anliegen des Bundes war, etwas zu fördern, wo die Kooperation hinsichtlich sozialer Bedürfnisse besonders vorangetrieben würde.

Auf Anfrage Frau Eberhardts (Vertreterin des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen) erklärt Herr Reball-Vitt, dass ältere Menschen überwiegend den Gemeindesaal nutzen würden und dieser nach seiner Kenntnis barrierefrei sei.

Frau Potthoff (Fraktion KIDinitiative) möchte wissen, ob die Mehrgenerationenhäuser nach unterschiedlichen Konzepten arbeiten und ob am Ende geprüft werde, welches sich bewährt habe.

Herr Reball-Vitt verweist nochmals auf die verschiedenen Förderprototypen. Mehrgenerationenhäuser können auf Kindertagesstätten, Familienzentren, Schulen, Vereinen, Seniorentreffs oder dem Bereich der Seniorenbildung aufbauen. Möglich sei eine individuelle konzeptionelle Anpassung im Sinne des Programmes. Er gehe davon aus, dass jedes Mehrgenerationenhaus ein individuelles Konzept habe. Frau Beier ergänzt, es gebe ein Benchmarking-System. Dabei handele es sich um ein Selbst-Monitoring, bei dem eine Statistik mit Tätigkeiten, Teilnehmern und ähnlichem geführt wird. Diese Statistik umfasst 150 Seiten und wird 2 x jährlich geführt. Alle Statistiken werden vom Institut gesammelt und ausgewertet.

Herr Bierganns (BfBB-Fraktion) weist auf eine Befragung der Stadt Euskirchen mittels eines Formulars hin, bei der das Interesse der Bevölkerung an einem Generationenspielplatz abgefragt wird. Er verweist auf die Möglichkeit, einen solchen Spielplatz an das Mehrgenerationenhaus anzuschließen.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, sie habe einen solchen Spielplatz in Bad Hersfeld kennen gelernt. Dabei handele es sich um eine begrüßenswerte Einrichtung.

Herr Schnöring erinnert daran, dass die Eröffnung des Hauses noch nicht lange zurückliegt. Die Entwicklung hänge von den Kooperationspartnern innerhalb des Hauses und der Besucherstruktur ab. Insofern spreche er sich dafür aus, die weitere Entwicklung abzuwarten. Herr Schnöring regt an, dass sich der Sozialausschuss Mitte nächsten Jahres im Mehrgenerationenhaus trifft und sich dort informiert.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt diesen Vorschlag; sie werde ihn aufgreifen.

Herr Dr. Bernhauser ergänzt, für die vielfältigen Aktivitäten würden entsprechende Räume benötigt. Er erinnert an einen Vorschlag, dass die alte Feuerwache von der evangelischen Kirchengemeinde bis zur Erstellung eines Konzeptes für dieses Gelände mit genutzt werden könne.

Frau Eberhardt bittet um das Engagement von Schriftdolmetschern, wenn Ausschusssitzungen mit Außenterminen verbunden werden.

Frau Schöttler-Fuchs regt an, zu einem Treffen im Mehrgenerationenhaus auch interessierte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einzuladen.

Sie begrüßt politische Gespräche. Eine entsprechende Ankündigung zu diesem Thema hätte sie gerne wahrgenommen; Politiker seien gerüchteweise dort jedoch nicht willkommen gewesen. Zu diesen Anmerkungen erklärt Frau Beier, selbstverständlich seien auch Politiker willkommen. Das politische Gespräch finde ein Mal monatlich statt. Parteipolitische Werbung sei aber nicht erwünscht. Beim letzten Gespräch hätte sie die Beteiligung Jugendlicher vermisst. Diskutiert werde aktuelle Tagespolitik.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für den Vortrag und die nachfolgenden Ausführun-

gen. Besonders begrüßenswert sei, dass sich der Träger bemüht habe, das Mehrgenerationenhaus ohne finanzielle Beteiligung der Stadt zu betreiben. Dafür bedankt sie sich unter Beifall des Ausschusses ausdrücklich.

Frau Schöttler-Fuchs erinnert an Ausführungen zum Preisniveau bei Skarabäus und schlägt vor, Skarabäus in den Sozialausschuss einzuladen. Sie erinnert daran, dass eine der ersten Ausschusssitzungen in den Räumen von Skarabäus stattgefunden habe.

Zu Anmerkungen Frau Schus erklärt Herr Hastrich, er gehe davon aus, dass die Geschäftsführung der Projekt 2000 gGmbH bereit sei, eine Ausschusssitzung in deren Räumlichkeiten durchzuführen. Die Projekt 2000 gGmbH sei immer noch eine gemeinnützige Gesellschaft. Eine gemeinnützige Organisation sei verpflichtet, einen erzielten Geschäftsüberschuss in den Gesellschaftszweck zu investieren und nicht an eine Privatperson abzuführen. Dies sei hier gegeben.

Es sei ein lohnenswertes Vorhaben, die Entwicklung dieser Gesellschaft seit der letzten Sitzung des Sozialausschusses bei Skarabäus nachzuvollziehen.

## **7 Vorberatung der Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 005 - Soziale Leistungen für das Haushaltsjahr 2009**

Herr Hastrich verweist auf die Tischvorlage. *(Diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)* Grundlage der Tischvorlage ist eine Nachkalkulation, weil die Haushaltsaufstellung einige Monate zurückliegt und geringfügige Anpassungen erforderlich sind.

Frau Schu verweist darauf, dass einer Vielzahl von Ausgaben im Sozialbereich Landesgesetze zugrunde liegen. Sie möchte wissen, in welcher Höhe freiwillige Leistungen erbracht werden.

Dazu erklärt Herr Hastrich, aus städtischen Haushaltsmitteln werden im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen außerhalb der Personalkosten des Produktbereiches 005 6,5 % = 185.000 € für freiwillige Leistungen aufgewandt; davon sind etwa 2,5 % vertraglich gebunden. Es handelt sich im Wesentlichen um die Förderung der Verbraucherberatung, des Migrationszentrums und den Löwenpass. Auf Nachfrage erklärt Herr Hastrich, die Seniorenarbeit gehe auf eine Rechtsvorschrift im SGB XII und eine vertragliche Aufgabenübertragung durch den Kreis zurück.

Herr Schnöring schlägt vor, auf einen Beschluss zu verzichten und lediglich eine Beschlussempfehlung zu geben bzw. die Vorlage als Mitteilungsvorlage zu behandeln. Die Entscheidung solle der Finanz- und Liegenschaftsausschuss treffen. Außerdem möchte Herr Schnöring wissen, ob noch unbekannte oder nicht entschiedene Anträge von Verbänden oder Einrichtungen vorliegen. Schließlich fragt er unter Hinweis auf den Vortrag zum Mehrgenerationenhaus, ob bzw. in welcher Produktgruppe und in welchen Zielsetzungen alternative Wohnformen im Alter erfasst sind.

Herr Hastrich verneint beide Fragen Herrn Schnörings. Alternative Wohnprojekte seien im Rahmen der Wohnungsbauförderung bzw. der Altenhilfe Aufgabe des Kreises.

Herr Dr. Kassner verweist darauf, dass der Haushalt aus den strategischen Zielen und

den Einzelzielen entwickelt werden soll. Im Vergleich zur Zielsteuerung 2008 werden in der Zielsteuerung 2009 zusätzliche Ziele aufgeführt. Er hätte eine Vorlage erwartet, aus der hervorgeht, was sich an Zielen geändert hat. Als Beispiel verweist er auf das Handlungsfeld 3 der strategischen Zielsteuerung, in das „Hilfen für Menschen in Notlagen“ neu eingeführt werden. Ebenso seien in die Produktgruppe 500 „Hilfe für Menschen in Notlagen“ zwei Ziele eingefügt worden. Er vermisst auch den zugesagten Textteil zur Produktgruppe 005 510.

In all dem sieht Herr Dr. Kassner methodische Fehler, die es der Politik unmöglich machen, gemäß den Vorstellungen des neuen kommunalen Finanzmanagements aktiv zu werden.

Akzeptabel sei die in der Tischvorlage dargestellte weitere Einsparung in Höhe von 5.000 €. Er verweist darauf, dass die Kosten in allen drei Produktplänen gesunken sind. Interessant sei noch der Grund für die sinkenden Transferleistungen.

Herr Mumdey hält die Ausführungen Herrn Dr. Kassners im Grunde für richtig. Der Vorwurf richte sich aber nicht an die Verwaltung. Derzeit gebe es in Nordrhein-Westfalen keine einzige größere Stadt, in der die Zielsteuerung wie nach NKF gewünscht funktioniert. Zutreffend wurden die gesetzlichen Vorschriften dargestellt; ob die Vorstellungen des Gesetzgebers praxisgerecht sind, sei eine andere Frage.

Die Zahlen liegen vor. Gerade Frau Biesenbach habe sich bemüht, durch Ausfüllung des Erläuterungskastens die Zahlen so weit wie möglich verständlich zu machen. Unabhängig davon sei manches unverständlicher als früher.

Die Vergleichbarkeit kommunaler Haushalte sei deutlich schlechter als früher. Gleichwohl werde versucht, die Zielsteuerung voranzubringen.

Herr Hastrich ergänzt, die erfragten Änderungen bei den Zielen für 2009 im Vergleich zu 2008 ergeben sich aus den Seiten 9 und 10 der Einladung. Berechtigt sei der Hinweis zum Nachtrag zur Produktgruppe 005.510. Bei dem Hinweis auf ein technisches Versehen handle es sich um einen Irrtum. Dort war nichts einzutragen.

Die Fachbereiche versuchen, für ihre jeweiligen Produkte verschiedene Zielperspektiven zu entwickeln. Diese werden mit Formulierungen und Kennzahlen hinterlegt. Verwaltungsvorstand und Fachbereich stimmen sich darüber ab, was von den steuerungsrelevanten Angaben in den Haushalt aufgenommen wird und was nur verwaltungsintern zu bearbeiten ist. In der Produktgruppe 005.510 gibt es keine politisch zu steuernden Ziele, sondern nur Ziele, die in der Verwaltungsverantwortung liegen. Die vom Rat vorgegebenen Ziele wurden bereits aufgrund früherer politischer Beschlüsse in Vereinbarungen aufgenommen. Zu konkreten Nachfragen gebe die Verwaltung selbstverständlich gerne Auskunft. Es war Konsens zwischen Rat und Verwaltung, die Steuerung des Haushaltes auf der Produktgruppenebene vorzunehmen.

Herr Dr. Kassner vermisst nach wie vor Hinweise darauf, wo in der Zielsteuerung im Haushaltsplanentwurf 2009 Ziele im Vergleich zum Haushalt 2008 geändert wurden.

Herr Hastrich wiederholt, dass nach seiner Auffassung diese Angaben auf den Seiten 9 und 10 der Einladung wiedergegeben wurden. Zur angesprochenen Produktgruppe 005.530 - Grundsicherung wird im Kasten „Haushaltsziele“ (S. 196 des Haushaltsplanentwurfes) ausgeführt, warum keine weiteren Ausführungen erfolgen. Die Zuständigkeit für die Zielsteuerung für diese Produktgruppe liegt bei der Trägerversammlung der K-A-S.

Herr Mumdey weist auf den Fragenkatalog einer Fraktion hin, dessen Fragen von der

Verwaltung in der Fraktion beantwortet werden. Ebenfalls trägt die Verwaltung auf Wunsch in der Fraktion im Detail bestimmte Bereiche vor.

Herr Dr. Bernhauser verweist darauf, dass 13 Handlungsfelder beschlossen wurden. Dabei handele es sich um Querschnittsziele, die von verschiedenen Fachbereichen und Ämtern verfolgt werden müssen. Dadurch werde es sehr schwierig, einzelne Haushaltspositionen, die im Haushaltsplanentwurf an verschiedenen Stellen vorkommen, einem Handlungsfeld zuzuweisen. Dies erläutert er am Handlungsfeld 6 – Arbeitsplätze/Wirtschaftsförderung, zu der drei verschiedene Produktgruppen gehören. Er hält es für erforderlich, die Haushaltspositionen den strategischen Handlungszielen besser zuzuordnen, damit Politiker feststellen können, ob dieses Handlungsziel mit den nötigen Ressourcen bedacht wird.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, dass die Stadt auch auf die Dauer gesehen außerordentliche Haushaltsschwierigkeiten haben wird. Der Sozialhaushalt macht einen großen Anteil am Gesamthaushalt aus. Auch er halte es für interessant zu wissen, welche Ausgaben gesetzlich vorgeschrieben und welche Ausgaben disponibel sind. Dazu erhoffe er sich eine Vorlage, die eine Entscheidungshilfe für die Politik sei.

Herr Mumdey erklärt unter Hinweis auf seinen Vortrag in der Fraktion, bei den vorliegenden Ansätzen sei dies schwer. Die Stadt steuere in der Tat stark auf ein Haushaltssicherungskonzept und einen Nothaushalt zu. In anderen Bereichen habe die Politik durchaus die Möglichkeit, in erheblichem Umfang tätig zu werden. Z. B. werde im Jugendhilfebereich die 40 %ige Quote mit einem 45-Wochenstundenbudgets in der Kindertagesbetreuung nicht vorgeschrieben. Auch in anderen Bereichen wie dem Baubereich gebe es Millionenbeträge, über die die Politik frei disponieren könne. Im Sozialbereich sehe er keine großen Beträge.

Frau Schöttler-Fuchs erinnert daran, dass sich die freiwilligen Leistungen im Sozialbereich auf drei Bereiche verteilen. Sie wisse nicht, wo dort noch gekürzt werden könne.

Herr Hastrich verweist darauf, dass der Rat auf Empfehlung des Sozialausschusses über die freiwilligen Leistungen hinaus auch in anderen Bereichen Gestaltungsmöglichkeiten ausgeschöpft und sich damit selbst gebunden habe. Beispielhaft nennt er die Zielvereinbarung „Seniorenarbeit“, die für fünf Jahre abgeschlossen wurde. Diese Zielvereinbarung gestaltet die disponible Höhe der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB XII aus. Die Darstellung solcher Beschlüsse würde den Haushalt aufblähen, ohne dass der Politik damit wirklich geholfen wird.

Herr Dr. Bernhauser habe insofern Recht, dass die Stadt noch am Anfang der Entwicklung stehe. Die Steuerung erfolge am Schluss über die Entwicklung der Kennzahlen. Im Bereich der strategischen Ziele gebe es noch Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Formulierungen und der daraus abzuleitenden Maßnahmen und Indikatoren. Die Verwaltung bemühe sich, durch Querverweise deutlich zu machen, wo welche Produktgruppe Bezüge zu welchen Handlungsfeldern bzw. zu deren Zielen hat. Präzise Ergebnisse können aber nicht dargestellt werden. Die Stadt sei noch nicht so weit, alles im Detail darstellen zu können.

Herr Galley ist der Auffassung, dass sich die Stadt derzeit in einem grundlegenden strukturellen Problem demokratischer Kontrolle befindet. Er gebe Herrn Dr. Kassner grundsätzlich Recht. Auf der Basis der vorliegenden Zahlen sei eine Kontrolle tat-

sächlich schwierig. Auch in einem kleinen Bereich wie dem Sozialausschuss hätten Politiker erhebliche Schwierigkeiten, ohne direkten Zugriff die Entwicklung nachzuhalten. In einem Papierwerk sei der Haushalt ohnehin nicht abzubilden. Geeigneter seien moderne Techniken zur Datenpräsentation. Diese erlauben auch schnellere Querverweise als ein Haushalt in Papierform.

Herr Mumdey hält dies für richtig und nachvollziehbar. Etliches sei durch die Politik nicht mehr sauber kontrollierbar. Dies liege aber nicht an der Verwaltung. Er nehme die Anregung auf.

Frau Schu merkt an, dass Ratsmitglieder verschiedenen Ausschüssen angehören und nicht immer jeden Ratsbeschluss präsent hätten. Sie sehe es als Kommunikationshilfe, wenn die Verwaltung auf verschiedene Dinge hinweisen würde.

Dem Vorschlag Herrn Schnörings, auf einen Beschluss zu verzichten und die Vorlage an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss weiterzureichen, stimme die CDU-Fraktion zu.

Herr Mumdey hält dies für sinnvoll, weil in verschiedenen Fraktionen noch nicht zum Haushalt vorgetragen wurde.

Herr Dr. Bernhauser unterstellt allen Ausschussmitgliedern eine besondere Sensibilität zu sozialen Themen. Er verweist auf das Verhältnis zwischen 185.000 € freiwilligen Leistungen im Sozialbereich zu 12 Mio. € für neue Straßenlaternen. Selbstverständlich werde er bestimmte Prioritäten in die Fraktion einbringen.

Dem stimmt Frau Schöttler-Fuchs zu.

Herr Schnöring hält einstimmige Beschlüsse des Sozialausschusses für nutzlos, die anschließend im Finanz- und Liegenschaftsausschuss wieder gekippt würden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **8 Jahresbericht über die Entwicklung und Aktivitäten der GL Service gGmbH (Berichtszeitraum 20.09.2007 - 30.09.2008)**

Herr Galley möchte wissen, ob sich die positive Darstellung hinsichtlich des Caterings der GL Service gGmbH in der IGP bestätigt hat.

Herr Dekker bestätigt die positive Entwicklung, berichtet aber über leicht sinkende Zahlen im Mensabetrieb in den letzten zwei bis drei Wochen. Bei den Lehrern steige der Besuch der Mensa, während den Schülern das Essen wohl zu gesund sei. Über die Strategie, wie damit umzugehen sei, werde derzeit nachgedacht. Die ersten Zahlen waren sehr gut; auch die Resonanz bei Eltern und Lehrern sei sehr gut. Im Vergleich zum vorherigen Zustand sei die Entwicklung insgesamt positiv. Anfängliche Probleme wurden beseitigt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**  
**- Jahresbericht 2007**  
**- Wohnungsbauprogramm 2008**

Herr Dr. Bernhauser begrüßt, dass die Vorlage dieses Jahr zuerst im Sozialausschuss beraten wird. Schwierig sei die Versorgung von Problemgruppen mit bezahlbarem Wohnraum. Hier bestehe ein hoher und vielleicht sogar steigender Bedarf aufgrund der Zunahme wirtschaftlich schwacher Haushalte. Es wurde auch schon mehrfach angeregt, dass dies Konsequenzen z. B. für die Vermarktung städtischer Grundstücke haben müsse. Dabei müsse ein Sozialfaktor eingeführt werden, damit auch sozial Schwächere die Chance haben, Wohneigentum zu erwerben. Weiter müsse auf die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft Einfluss genommen werden, um den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben. Es reiche nicht aus, im Sozialausschuss den Notstand zu beklagen.

Herr Mumdey weist darauf hin, dass die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft auf diesem Gebiet das größte Projekt der letzten Jahre vorantreiben wollte. Im Aufsichtsrat wurde ein Kaufbeschluss gefasst. Es fehlte aber an positiven Signalen aus dem Planungsausschuss, obwohl baurechtlich keine Hindernisse entgegenstanden. Diskussionsbedarf sehe er in den Fraktionen; im Planungsbereich müsse ein klares positives Signal gegeben werden.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, ob der Runde Tisch „Wohnungspolitik“ auf Kreisebene schon terminiert wurde. Herr Hastrich erklärt, dass es ein Treffen gegeben habe. Ein Teil der Aufgabenstellung wurde auf den Kreis übertragen, es sei kein unmittelbar bei der Stadtverwaltung tätiger Mitarbeiter einbezogen. Frau Schöttler-Fuchs bedauert dies.

Herr Dr. Bernhauser verweist auf die Landesprogramme, die auf Seite 37 der Einladung aufgeführt sind. Seines Wissens gebe es auch Landesprogramme für Mehrgenerationenwohnprojekte. Im Hinblick auf den vorangegangenen Tagesordnungspunkt sei es interessant zu wissen, ob für Mehrgenerationenwohnprojekte Projektmittel oder ähnliches zur Verfügung stehen und nach Bergisch Gladbach geholt werden können. Die Problemgruppen mit einem Bedarf an preiswertem Wohnraum seien teilweise Suchtkranke, die im Stadtgebiet bleiben wollen (S. 32). Dies sei nachvollziehbar. Er frage sich, ob die Belegung von sozial gefördertem Wohnbau sozial verträglich erfolgt.

Herr Hastrich sagt eine Antwort auf die erste Frage zur Niederschrift zu. Zur zweiten Frage rät er davon ab, bei der Standortwahl weitere Ausschlusskriterien einzuführen. Bei der Belegungspraxis werde auf die Mischung innerhalb der Objekte und auf das Umfeld geachtet.

Herr Schnöring ist der Auffassung, der Bericht sei in seinen Grundaussagen in jedem Jahr nahezu identisch. Nach seiner Erinnerung sei im Rahmen der letzten Beratung dargestellt worden, dass bei der anstehenden Entlassung von Suchtkranken wegen deren Versorgung mit Wohnraum Gespräche mit den Kliniken in Bergisch Gladbach anstanden. Dazu fragt er nach dem Sachstand.

Außerdem fragt Herr Schnöring nach der Bearbeitungsdauer von Wohngeldanträgen und wie viele Leute damit beschäftigt seien. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Änderungen vom 01.01.2009 mit einer Ausweitung des Personenkreises.

Herr Hastrich verweist darauf, dass für die zweite Frage der Finanz- und Liegenschaftsausschuss zuständig sei. Er sagt zu, die zuständigen Kollegen über die gestellte Frage zu informieren.

Gespräche mit den Suchtkliniken finden nicht in erster Linie im Hinblick auf die Versorgung mit Wohnraum statt. Vielmehr gebe es insgesamt Bemühungen, mit den Suchtkliniken und psychiatrischen Einrichtungen ins Gespräch zu kommen. Es sei aber sehr schwierig, mit diesen Einrichtungen in wichtigen Fragen ein Einvernehmen zu erzielen. Das Interesse dieser Einrichtungen sei eine baldige Entlassung ihrer Patienten nach erfolgreicher Therapie. Es sei nachvollziehbar, wenn Patienten nach ihrer Entlassung in Bergisch Gladbach bleiben wollen, weil sie in ihrer Herkunftskommune eher über suchtvorstärkende Sozialkontakte verfügen und hier Kontakte aufgebaut wurden, die für eine dauerhafte soziale Stabilisierung förderlich sind.

Herr Dr. Kassner verweist auf die Tabelle mit den Wohngeldfällen in Bergisch Gladbach auf Seite 36 der Einladung. Auffallend sei der deutliche Rückgang der Fallzahlen von 2004 auf 2005. Vermutlich sei dieser Rückgang auf den Datenabgleich zurückzuführen. Den Ausführungen der Vorlage zufolge sei infolge der neuen gesetzlichen Grundlage mit einem gravierenden Anstieg der Neuberechnungen wegen verschwiegener Einnahmen zu rechnen. Er frage sich, wo der erforderliche Personalaufwand entstehe.

Dazu erklärt Herr Hastrich, diese Fragen gehören teilweise in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss. Der Rückgang der Fallzahlen von 2004 auf 2005 resultiere nicht aus rechtswidrigem Verhalten der Wohngeldbezieher, sondern aus dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit zum 01.01.2005. Dieses Gesetz regelt u. a., dass die Frage der Wohnkostenfinanzierung über die Grundsicherung im Alter geregelt wird. Im SGB II gibt es eine ähnliche Regelung, nach der die Kosten der Unterkunft über die Sozialleistungen selber erbracht werden.

Der Datenabgleich führt nicht zu erheblichem Mehraufwand. Geschaffen wurde die rechtliche Voraussetzung für den Abgleich der Datenbestände der in der Vorlage aufgeführten Institutionen mit den Wohngeldstellen.

Herr Möller (Seniorenbeirat) verweist auf die Möglichkeit der Errichtung von Gruppenwohnungen und Wohnpflegeplätzen für ältere, pflegebedürftige und behinderte Menschen. Er sei sehr enttäuscht darüber, dass dieses Programm bereits seit 2004 bestehe, aber noch keine einzige Maßnahme verwirklicht werden konnte. Er bittet die Verwaltung auch außerhalb des Berichtszeitraumes dieses Berichtes um Auskunft, wie es mit dem laufenden Pilotprojekt weitergeht.

Herr Hastrich verweist auf die Zuständigkeit des Kreises für die Schaffung und Einrichtung von Pflegeeinrichtungen. Das Problem liege einzig darin, Investoren zu finden, die solche Einrichtungen schaffen. Gruppenwohneinrichtungen seien für Investoren derzeit uninteressant, weil die Bereiche der stationären Versorgung deutlich lukrativer seien.

Herr Mumdey stimmt diesen Ausführungen zu. Es handele sich um eine Fehlentwicklung im Rahmen der staatlichen Zuschüsse.

**Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil**

Herr Dr. Bernhauser

1. Verändert sich die Struktur des Kundencenters Bergisch Gladbach, der K – A – S? Bisher haben wir Mitarbeiter des Sozialamtes gestellt. Wird die Gestellung künftig anders gehandhabt als bisher? Es sind wohl Vertragsverhandlungen im Gange. Wie sehen diese aus? Haben die Verhandlungen positive Folgen zumindest für die Arbeitssuchenden?

Herr Mumdey erklärt, für eine der nächsten Sitzungen in diesem Jahr, nach seiner Erinnerung in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses, sei eine entsprechende Vorlage vorgesehen. In Bergisch Gladbach bzw. im Rheinisch-Bergischen Kreis bestehe die Besonderheit, dass Teilnehmer an den Arbeitsgemeinschaften nicht nur die beiden Partner Bundesagentur und Kreis sind, sondern auch die kreisangehörigen Gemeinden in den Betrieb der Kundencenters eingebunden sind. Es sei in der Tat beabsichtigt, durch eine Neuvereinbarung mit dem Kreis zu dem Ergebnis zu kommen, dass auch im Rheinisch-Bergischen Kreis der Zustand hergestellt wird, der bundesweit gilt (= Partner: Bundesagentur und Kreis). Vorlagen dazu werden dazu erstellt und wurden dem Verwaltungsvorstand bereits vorgelegt. Auf Nachfrage Herrn Dr. Bernhausers erklärt Herr Mumdey, dass die Zuständigkeit für die Organisation in erster Linie nicht bei der Stadt lag. Hinter der Geschäftsführung der K – A – S stehe die Trägerversammlung und dort liege der entscheidende Einfluss beim Kreis. Organisationsmaßnahmen werden nicht bei der Stadtverwaltung beraten, sondern gehören in die Zuständigkeit der Trägerversammlung. Es sind Änderungen beabsichtigt, die hoffentlich zu Verbesserungen führen, da Quervergleiche mit anderen Arbeitsgemeinschaften Verbesserungsmöglichkeiten bei der hiesigen K – A – S aufzeigen.

2. Wird der Standort des Übergangswohnheims bzw. Asylbewerberheims am Platzer Höhenweg (Moitzfeld) aufgegeben? Wohin ziehen die dort Untergebrachten um? Ist die soziale Verträglichkeit gegeben, wenn das so sein sollte?

Herr Hastrich sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

3. Nachdem ich in den letzten Wochen mehrfach im örtlichen Polizeibericht über Fälle häuslicher Gewalt gelesen habe, interessiert mich, ob es eine Arbeitsgemeinschaft zur häuslichen Gewalt in Bergisch Gladbach gibt und inwieweit präventiv und unterstützend gearbeitet wird.

Herr Hastrich bestätigt, dass es einen Runden Tisch quer über alle Altersgruppen organisiert gebe. Dort wirken alle relevanten Dienststellen bzw. Einrichtungen und Träger zusammen und bemühen sich, entsprechende Maßnahmen zu entwickeln. Auch die Polizei sei im Runden Tisch vertreten.

Frau Schöttler-Fuchs ergänzt, dass der Runde Tisch auf Kreisebene besteht. Die Stadt Bergisch Gladbach sei dort vertreten. Sie selbst gehöre dem Runden Tisch als Leiterin einer Kindertagesstätte an.

Herr Dr. Kassner

Heute ist ein ganz hoher evangelischer Feiertag, der Buß- und Betttag. Dieser Feiertag wurde bedauerlicherweise in vielen Bundesländern abgeschafft. Gleichwohl sollte man diesen Tag beachten. Sind Sie mit mir der Meinung, dass man an diesem Tag in den nächsten Jahren keine Sitzungen ansetzen sollte?

Herr Hastrich verweist darauf, dass seines Wissens die Termine der Ausschüsse und des Rates zwischen der Verwaltung, den Ausschussvorsitzenden und den Fraktionsvorständen abgestimmt würden im Blick auf alle Wochentage, die weder gesetzlicher Feiertag noch nach einer anderen rechtlichen Bestimmung arbeitsfreier Tag sind. Wird eine andere Regelung gewünscht, sei es zweckmäßig, dies in die Beratungen der Sitzungstermine einzubringen. Herr Mumdey habe bereits eingangs der Sitzung darauf hingewiesen, dass die Sitzungstermine noch nicht abschließend bestimmt sind. Herr Mumdey ergänzt, dass die für das nächste Jahr geplanten Sitzungstermine nur bis zum Ende der Legislaturperiode gelten.

Herr Bierganns

In der Stadt Euskirchen wird jedes Jahr ein Seniorentag abgehalten. Kann dies in Bergisch Gladbach auch eingeführt werden?

Herr Hastrich verweist auf verschiedene Veranstaltungen für Senioren. Er frage sich, wie ein solcher Seniorentag ausgestaltet werden soll. Dieser Vorschlag solle im Seniorenbeirat behandelt werden. Frau Schöttler-Fuchs unterstützt diese Auffassung.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.56 Uhr.